

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

22.07.2024

Inhalt

EWN

1 Ärger um Zwischenlager: Asse-Anwohner wollen ihr Land partout nicht verkaufen <i>Braunschweiger Zeitung, 20.07.2024</i>	3
2 Mehr Atomkraft, weniger Russland <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.07.2024</i>	5

 Braunschweiger Zeitung | 20.07.2024 | S. 2

 Auflage: 26.175 | Reichweite: 83.003

 Andre Dolle

Ärger um Zwischenlager: Asse-Anwohner wollen ihr Land partout nicht verkaufen

Es geht um Geld. Es geht aber auch darum, das Zwischenlager für den Atommüll zu verhindern. Der Betreiber ist machtlos.

Remlingen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke stellte bei ihrem Besuch unter Tage in der Asse nüchtern fest: „Wir brauchen für die Rückholung ein funktionsfähiges Zwischenlager.“ Das stimmt natürlich, was die Grünen-Politikerin vor nicht einmal zwei Wochen sagte. Doch das funktionsfähige Zwischenlager wird das Problem sein. Oder besser gesagt der Standort. Denn die Anwohner direkt an der Asse wollen ihr Land partout nicht verkaufen. Das erfuhr unsere Zeitung. Doch genau dort, direkt am alten und maroden Bergwerk in Remlingen bei Wolfenbüttel, soll das Zwischenlager entstehen. Kurze Wege sollen es sein.

Die Verhandlungen stocken seit Jahren. Und es ist keine Bewegung in Sicht. Betreiber der Asse ist die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine. Die BGE schaffte es bisher nicht, die Eigentümer vom Verkauf zu überzeugen. Der jährliche Asse-Bericht des Umweltministeriums an die Mitglieder des Bundestags-Haushaltsausschusses widmet sich verstärkt diesem Problem. Der Bericht liegt unserer Zeitung vor.

Von „schwierigen Verhandlungen mit den Eigentümern benötigter Flächen“ ist im Bericht die Rede. Die BGE vermag demnach nicht zu sagen, ob und wann es eine Einigung geben wird. Die Grundstücke müssen allerdings spätestens im dritten Quartal 2026 erworben worden sein, heißt es im Bericht weiter. Sonst wird der Zeitplan nicht gelingen. Ab 2033 soll der erste Atommüll aus dem alten Bergwerk geborgen werden. Dann muss das Zwischenlager bereitstehen.

Das Zwischenlager und die geplante Abfallbehandlungsanlage sollen in eine 250 Meter lange und 120 Meter breite Halle, so der Plan. Dort soll der geborgene Atommüll aus den größtenteils maroden 126.000 Fässern sicher verarbeitet, verpackt und dann gelagert werden. So viel ist seit ein paar Jahren schon bekannt. Nicht aber, dass das dafür benötigte Gelände längst

noch nicht gekauft wurde.

In seinem Bericht an die Abgeordneten spricht das Umweltministerium die Probleme klar an: „Ein Grundstückseigentümer hielt im Jahr 2023 an überzogenen Forderungen fest. Auch bezüglich weiterer Flächen, die für die Errichtung des Gebäudekomplexes benötigt werden, konnte bisher keine Einigung (...) erzielt werden.“

Zwischenlager wird Jahrzehnte lang direkt an der Asse stehen

BGE-Sprecherin Monika Hotopp sagte auf Anfrage: „Im Kuhlager, dem präferierten Standort, hat die BGE aktuell vier Hektar Fläche erworben.“ Zehn Hektar braucht die BGE insgesamt für die geplante Halle. Einfach auf benachbarte Flächen ausweichen wird die BGE nicht können, so die Einschätzung im Umweltministerium. Im Bericht heißt es dazu: „Eine neue Planung könnte kosten- und zeitintensiv werden und es wäre ungewiss, ob die Eigentümer der standortnahen alternativen Grundstücke bereit wären, diese an die BGE zu verkaufen. Daher wird der Erwerb der ursprünglich geplanten Grundstücke primär verfolgt.“

Es geht eigentlich nur um zwei Eigentümer, die nicht verkaufen wollen. Wobei es sich bei einem von beiden um eine Feldinteressentschaft, also um einen Zusammenschluss von Eigentümern, handelt. Der Einzel-Eigentümer will nicht per Namen genannt werden. Am Telefon sagte er mit Blick auf eine eventuelle Einigung mit der BGE: „Ich sehe kein Licht am Horizont.“ Er gab zu: „Der Preis spielt natürlich eine Rolle. Mir geht es aber auch ums Grundsätzliche.“ Der Eigentümer will, so sagte er, dass in das Zwischenlager nur Atommüll kommt, der vorher in der Asse gelagert war. Und er will, dass das Zwischenlager eine Befristung von 30 Jahren hat. Der Eigentümer machte übrigens vor ein paar Jahren von einem Vorkaufsrecht Gebrauch – und

kam der BGE so zuvor.

Gerade die Frist wird die BGE aber vor enorme Probleme stellen. Der Müll aus der Asse soll räumlich getrennt gleich mit im noch zu findenden Endlager für hochradioaktiven Atommüll entsorgt werden. Das aber nimmt schlechtestenfalls erst in 60 Jahren seinen Betrieb auf. So lange würde das Zwischenlager direkt neben der Asse stehen. Vielleicht auch noch länger.

Anwohner können nichtenteignet werden

Auch die Mitglieder der Feldinteressenschaft, denen der andere Teil des geplanten Zwischenlager-Standorts gehört, sind skeptisch. Es sind etwa 15 Personen. Auch die BGE ist Mitglied in dieser Feldinteressenschaft, weil sie Teile des Geländes ja schon gekauft hat. Es gab eine Abstimmung, an der die BGE wegen Betroffenheit nicht mitstimmen durfte. Die Mehrheit sprach sich gegen einen Verkauf aus. Einer der Mitglieder der Feldinteressenschaft sagte auf Anfrage: „Das Zwischenlager gehört hier einfach nicht hin.“ Es geht dabei um Naturschutzgebiete. Ein Teil des Waldes müsste zum Beispiel weichen.

Gerüchte, dass die Eigentümer nicht einfach enteignet werden können, stimmen. Ein Sprecher des Umweltministeriums erklärte auf Anfrage, dass dafür das eigens geschaffene Gesetz zur Bergung des Atommülls aus der Asse, die „Lex Asse“ von 2013, geändert wer-

den müsste. „Im Atomrecht bestehen Enteignungsregelungen sonst nur für die Erkundung und Errichtung von Endlagern“, sagte er. Also nicht für ein geplantes Zwischenlager wie dieses.

Insgesamt gesehen kommt das Umweltministerium in seinem Bericht daher zu diesem Ergebnis: „Es besteht ein hohes Risikopotenzial, dass sich der geplante Zwischenlagerstandort bei einem Scheitern der Grundstückserwerbe nicht realisieren lässt.“ Das Ministerium schätzt die Situation also durchaus als ernst ein.

Der Wolfenbütteler Bundestagsabgeordnete Victor Perli (Linke) sagte: „Für mich wird immer unverständlicher, warum die BGE am Standort immer noch festhält und nicht auf bundeseigene Flächen zurückgreift. Es wird weiter Zeit verloren gehen. Die Uhr tickt aber.“ Das passe nicht zur kürzlich ausgerufenen Forderung von Ministerin Lemke, den Atommüll aus der Asse schneller zu bergen.

Wie unsere Zeitung erfuhr, hat die BGE sich offensichtlich auch noch nicht ausreichend um Ausgleichsflächen im Sinne des Naturschutzes gekümmert. Es gab wohl nur lose Gespräche mit Eigentümern in der Gemeinde Beuchte im Kreis Wolfenbüttel. Und die liegen schon mehr als zehn Jahre lang zurück. Die Ausgleichsflächen müssen doppelt so groß sein wie das Zwischenlager. Es geht also immerhin um 20 Hektar. Aber das dürfte das kleinere Problem sein.

 Frankfurter Allgemeine Zeitung | 22.07.2024 | S. 3

 Auflage: 185.662 | Reichweite: 891.184

 Michael Martens

Mehr Atomkraft, weniger Russland

Bulgarien will zwei neue Atommeiler bauen – und der Ukraine zwei Reaktoren aus Sowjetzeiten verkaufen

Sofia. Vor dem russischen Großangriff auf die Ukraine war kaum ein EU-Staat energiepolitisch abhängiger von Russland als Bulgarien. Doch nachdem das Balkanland nach der Einstellung der Belieferung durch Gazprom in wenigen Monaten seine Abhängigkeit von russischem Gas überwinden konnte, ist es inzwischen auf gutem Wege, sich auch in der Atomkraft dem Zugriff Moskaus so weit wie möglich zu entwinden. Und nicht nur das: Bulgarien könnte umgekehrt gerade durch sein Lossagen von russischer Technik der Ukraine bei ihren energiepolitischen Engpässen helfen.

Das zu kommunistischer Zeit mit sowjetischer Technik gebaute Atomkraftwerk in Kosloduj an der Donau produziert derzeit gut ein Drittel des in Bulgarien verbrauchten Stroms und nahm im Herbst 1974 seinen Betrieb auf. Da die bulgarische Bevölkerung ein ungespalten positives Verhältnis zur Kernenergie hat, soll nach dem 50-Jahre-Jubiläum noch lange nicht Schluss sein. Im Gegenteil ist das Ziel, künftig noch stärker als bisher auf Atomkraft zu setzen, ist in Bulgarien parteiübergreifend Konsens. Nicht Konsens, aber immerhin politisch mehrheitsfähig ist außerdem die Absicht, den Ausbau der Atomenergie mit westlicher Technik voranzutreiben und die einst dominierende Rolle Russlands so weit wie möglich zurückzudrängen.

Derzeit besteht das AKW Kosloduj aus zwei Meilern, den Blöcken fünf und sechs. Die vier ältesten Reaktoren mussten im Zuge von Bulgariens EU-Beitritt im Jahr 2007 abgeschaltet werden. Doch nun sollen zwei weitere Blöcke, also sieben und acht, gebaut werden. Die Pläne dazu sind zumindest im Fall von Block sieben weit fortgeschritten und haben die politischen Wirren und zahlreichen Regierungswechsel in Sofia überstanden. Hauptvertragspartner für den geplanten Neubau ist das amerikanische Unternehmen Westinghouse Electric, wichtigster Subunternehmer soll der südkoreanische Hyundai-Konzern werden.

Doch auch die beiden schon existierenden Blöcke mit den sowjetischen Reaktoren des Typs WWER-1000 versucht Bulgarien möglichst unabhängig von Moskau

zu betreiben. Im Dezember 2022 unterzeichnete das AKW Kosloduj dafür zwei separate Verträge über jeweils ein Jahrzehnt Laufzeit, einen mit Westinghouse, den zweiten mit dem französischen Nuklearkonzern Framatome. Die Amerikaner liefern damit künftig den Kernbrennstoff für den fünften, die Franzosen jenen für den sechsten Block. Westinghouse lässt das Brennmaterial in Schweden herstellen und begann im April dieses Jahres mit ersten Lieferungen. Frühere Behauptungen, laut denen es unmöglich sei, Brennstäbe russischer durch solche westlicher Bauart zu ersetzen, wurden längst als Störmanöver entlarvt. Laut der bulgarischen Atomaufsichtsbehörde wird die vollständige Umrüstung von Block fünf allerdings vier Jahre dauern.

Walentin Nikolow, Direktor des AKW Kosloduj, bekannte unlängst, dass der russische Überfall auf die Ukraine für die bulgarische Atomwirtschaft anfangs problematisch gewesen sei, „aus Sicht der Logistik, der Ausrüstungslieferungen und der Wartung unserer Systeme durch russische Fachleute“. Doch man habe sofort neue Partner gesucht und sei erfolgreich gewesen: „Die Lieferungen aus Russland sind von einem Anteil von 95 Prozent bereits auf etwa 30 Prozent gesunken, und wir gehen davon aus, dass der Anteil immer weiter sinken wird. Dadurch entsteht eine große Neuausrichtung des Nukleargeschäfts von Ost nach West“, so Nikolow. Der Zusammenarbeit mit westlichen Partnern wie Siemens, Westinghouse oder General Electric funktioniere ausgezeichnet.

Schon im Februar hatte er die durch offenbar systematisch gestreute Falschnachrichten im Netz beunruhigte bulgarische Öffentlichkeit zu beruhigen versucht und versichert, durch die Umstellung auf westlichen Brennstoff im Block fünf von Kosloduj werde es nicht zu Unterbrechungen der Stromversorgung kommen. Zu den Kosten der amerikanischen Lieferungen wurde Nikolow mit der Aussage zitiert, diese seien „vergleichbar“ mit russischen Preisen. In seinem Vortrag bei der Sofioter Konrad-Adenauer-Stiftung verriet der

Kraftwerksdirektor auch, dass man zumindest bei einem der beiden geplanten zusätzlichen Atomreaktoren auf Kurs sei. Die Planungen liefen seit 2012, alle nötigen Studien lägen vor. Der Krieg in der Ukraine und die „rasche Entwicklung der bulgarischen Partnerschaft mit den USA“ ließen es umso aussichtsreicher erscheinen, dass der Meiler mit westlicher Technik gebaut werden könne.

Doch Bulgarien will nicht nur neue Reaktoren bauen, sondern auch zwei alte an die Ukraine verkaufen, die unter anderem wegen der russischen Besetzung des Atomkraftwerks Saporischschja darum kämpft, ihre Energieversorgung aufrechtzuerhalten. Den Ukrainern kommt nun zupass, dass die Bulgaren bei einem anderen atomaren Großprojekt seit Jahrzehnten nicht vom Fleck gekommen sind. Nach der Eröffnung des AKW Kosloduj begannen die Bulgaren weiter flussabwärts, auf der Höhe des Städtchens Belene ein weiteres Atomkraftwerk zu bauen. Ein Großteil der Arbeiten wurde sogar vollendet, doch dann zerfiel der kommunistische Ostblock. Nach zahlreichen Wiederaufnahmen und neuerlichen Unterbrechungen der Bauarbeiten ist mittlerweile entschieden: Sollte in Bulgarien ein zweites Atomkraftwerk gebaut werden, dann keinesfalls mit russischer Technik.

Stattdessen sollen die beiden Reaktoren in Belene, die ebenfalls vom sowjetischen Typ WWER-1000 sind, in die Ukraine gelangen. Dem bulgarischen Energieministerium zufolge wurde das Material seit der Einstellung des Baus fachgerecht gewartet und befindet sich „in exzellentem Zustand“. Als im Juli vergangenen Jahres der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj nach Bulgarien reiste, beauftragte das bulgarische Parlament das Energieministerium in Sofia damit, Verhandlungen mit Kiew aufzunehmen. Allerdings stellten die Volksvertreter eine Bedingung: Mindestens 1,2 Milliarden bulgarische Lewa, etwa 600 Millionen Euro, müsse der Verkauf einbringen. Dies ist gleichsam der Selbstkostenpreis für die Bulgaren. Bulgarien hofft dem Vernehmen nach, dass die EU das Geschäft aus für die Unterstützung der Ukraine vorgesehenen Mitteln subventioniert.

Im März dieses Jahres bestätigte Petro Kotin, der Chef der staatlichen ukrainischen Atomenergiegesellschaft Energoatom, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuters Kiews andauerndes Interesse. Die Ukraine will die beiden Reaktoren im Kernkraftwerk Chmelnyzkyj im Westen des Landes einsetzen, wo schon heute zwei WWER-1000-Reaktoren Dienst leisten.

Kotin hatte sich im März optimistisch gezeigt, dass die Verhandlungen bis zum Juni dieses Jahres zum Erfolg

führen würden. Bisher wurde ein Durchbruch indes nicht verkündet, auch wenn aus diplomatischen Quellen in Sofia zu hören ist, der geplante Verkauf an die Ukraine sei „absolut realistisch“. Der prowestliche Abgeordnete Iwailo Mirtschew mahnte allerdings schon vor einem Jahr zu Eile bei den Verhandlungen. Bulgarien habe schon genug Geld in dem Projekt versenkt, es sei nun wichtig, die Reaktoren zu verkaufen, bevor sie zu wertlosem Altmetall werden – und nur die Ukraine habe überhaupt Verwendung dafür. Noch Verwendung, müsste man hinzufügen, denn auch in Chmelnyzkyj sollen, wie auch im bulgarischen Werk Kosloduj, langfristig amerikanische AP-1000-Reaktoren von Westinghouse eingesetzt werden.

Doch es gibt gegen das Geschäft auch Widerstand. In Bulgarien kommt er von der offen prorussischen Partei „Wiedergeburt“ sowie von den ebenfalls moskautreue bulgarischen Sozialisten. Gemeinsam erreichten die beiden Parteien bei der Parlamentswahl im Juni einen Stimmenanteil von immerhin 20 Prozent. Das reicht nicht, um Bulgarien aus seiner prowestlichen Umlaufbahn zu stoßen, zeigt aber, dass die Westbindung des Landes nicht unangefochten ist. Insbesondere die Aktivisten der „Wiedergeburt“ machen sich lautstark bemerkbar. Als Mitte Mai eine Delegation von Fachleuten aus den USA, der Ukraine und Bulgarien die in Belene gelagerte Ausrüstung inspizieren wollte, kam es zu einem Zwischenfall, der von der prorussischen Partei inszeniert wurde. Protestierende „Wiedergeburtler“ hinderten die ukrainische Delegation daran, das Gelände zu betreten. Auch im Parlament setzt sich die „Wiedergeburt“ dafür ein, die atomare Zusammenarbeit mit Russland fortzusetzen und die Kooperation mit Westinghouse – und überhaupt mit den Amerikanern und der EU – abubrechen.

Ganz unabhängig von russischer Technik kann sich Bulgarien ohnehin nicht so schnell machen. Das zeigt der Fall der Firma Framatome, die den Block sechs mit Kernbrennstoffen beliefern soll. Während die Brennstäbe von Westinghouse mit kanadischem Uran bestückt und deshalb frei von russischem Einfluss sind, ist das bei den Produkten der Franzosen nicht der Fall. Framatome kooperiert trotz Russlands Krieg gegen die Ukraine weiterhin eng mit dem russischen Staatskonzern Rosatom. Dessen Stellung ist so mächtig, dass er von europäischen Sanktionen bisher ausgenommen ist. Außer Bulgarien beziehen oder bezogen bis vor Kurzem noch vier weitere EU-Mitgliedstaaten Kernbrennstoffe aus Russland: die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Insgesamt 19 Reaktoren in Europa sind sowjetischer oder russischer Bauart.

Die Framatome-Tochter „Advanced Nuclear Fuels“ will im niedersächsischen Lingen Brennelemente herstel-

len, die in ebendiesen Meilern eingesetzt werden können. Dazu gründeten die Franzosen mit Rosatom das Gemeinschaftsunternehmen „European Hexagonal Fuels“, das die charakteristischen sechseckigen russischen Brennstäbe in Lizenz herstellen soll. „Da Framatome Uran aus Russland bezieht und auch sonst

mit Rosatom kooperiert, stellt sich also die Frage, inwieweit der Vertrag des Atomkraftwerks Kosloduj mit den Franzosen die bulgarische Abhängigkeit von Moskau wirklich verringert“, sagt ein Beobachter in Sofia. Doch die dominierende Rolle, die Russland in Bulgariens Energieversorgung vor 2022 innehatte, ist dahin.

